

## Militäraktion gegen LRA erfolglos

Die seit Dezember 2008 von der ugandischen Rebellengruppe *Lord's Resistance Army* (LRA) verübten Gräueltaten im Osten der Demokratischen Republik Kongo markieren einen neuen Tiefpunkt im seit Jahren andauernden Friedensprozess in Nord-Uganda. Nach den gescheiterten Friedensverhandlungen im November letzten Jahres versucht die ugandische Regierung gemeinsam mit dem Südsudan und der Demokratischen Republik Kongo in einer Militäraktion gegen die LRA vorzugehen. Nach Angaben des amerikanischen Militärs wurde die ugandische Regierung dabei durch die US-Administration unterstützt.

Die von der LRA verübten Massaker an der kongolesischen Zivilbevölkerung erregten in den vergangenen Wochen internationale Aufmerksamkeit.

### Geschichtlicher Hintergrund

Der Konflikt mit der *Lord's Resistance Army* überschattet den Norden Ugandas sowie seine Grenzgebiete seit über 20 Jahren. Der Norden des Landes wurde in seiner ökonomischen und sozialen Entwicklung unter der ugandischen Regierung unter Führung von Präsident Museveni, der nach einem Militärputsch vor 23 Jahren an die Macht gelangte, stets benachteiligt, was neben ethnischen Konflikten auch den Nährboden für die Aktivitäten der extrem gewalttätigen *Lord's Resistance Army* darstellt. Die Rebellen mit ihrem Anführer und selbsternannten Messias Joseph Kony, die nach eigenen Angaben einen christlich-fundamentalistischen Gottesstaat errichten wollen, terrorisieren durch Morde, Folterungen, Vergewaltigungen und Entführungen seit über zwei Jahrzehnten die Zivilbevölkerung. Seit 1986 hat die LRA dabei mehr als 20.000 Kinder entführt und sie als Kindersoldaten oder Sex-

Sklassen missbraucht. Die Folgen dieses Bürgerkrieges - mittlerweile eines der längsten Afrikas - sind unter anderem zwei Millionen Flüchtlinge, welche größtenteils seit Jahren unter schwierigsten Bedingungen in Flüchtlingslagern leben. Nach jahrelangen Kämpfen, bei denen keine der beiden Seiten den Sieg für sich erringen konnte sowie unter wachsenden internationalen Druck, gelang es 2006 unter der Vermittlung des südsudanesischen Vizepräsidenten Riek Machar, die Konfliktparteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Die sogenannten Juba-Talks, benannt nach der südsudanesischen Hauptstadt, in der die Verhandlungen stattfanden, führten zunächst zu vielversprechenden Ergebnissen. In fünf verschiedenen Abkommen wurden u.a. ein Waffenstillstand, der Rückzug der LRA aus Nord-Uganda in den Südsudan sowie Reformen zur Überwindung der sozio-ökonomischen Ungleichheiten zwischen Nord-Uganda und dem Rest des Landes beschlossen. Um den Friedensprozess abzuschließen, wurde auf die Unterzeichnung eines „*Final Peace Agreements*“ (FPA) hingearbeitet. Obwohl die vom Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) im Oktober 2005 erhobene Anklage gegen Kony und vier seiner Kommandeure zunächst den notwendigen Druck auf Kony ausübte, um ihn zu Friedensverhandlungen zu bewegen, stellte sich jedoch genau diese Anklage zunehmend als zusätzlicher Konfliktpunkt zwischen den Verhandlungsparteien heraus. Kony ließ verlauten, dass er erst dann bereit sei, das Abkommen zu unterzeichnen, wenn die Anklage gegen ihn suspendiert würde. Wenngleich sich Museveni für eine solche Suspendierung einsetzte, hat sich der ICC wiederholt dagegen ausgesprochen. 2008 erschien Kony mehrere Male nicht zum verabredeten Termin zur Unterzeichnung des Friedensvertrags. Die Verhandlungen waren in eine Sackgasse ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO UGANDA**

JOSS BRACKER

PETER GIRKE

17. Februar 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

raten. Die LRA begann, sich Ende 2008 in der Demokratischen Republik Kongo neu zu formieren und mit neuen Waffen zu versorgen. In der ugandischen Regierungspartei *National Resistance Movement* (NRM) wurden Stimmen lauter, die sich für eine militärische Lösung einsetzten. Große Teile des NRM hatten ohnehin nur widerwillig den Verhandlungen zugestimmt, und auch Präsident Museveni selbst war einer militärischen Lösung gegenüber nie abgeneigt. Die durch die vielversprechenden Verhandlungen aufgekommenen Hoffnungen schienen sich immer weiter aufzulösen.

**Operation Thunder Lightning**

Nachdem sich Kony im November 2008 erneut gegen die Unterzeichnung des Friedensabkommens aussprach, entschied sich die ugandische Regierung im Dezember für eine militärische Offensive. Major Kulayigye von der *Uganda People's Defense Force* (UPDF) bezeichnete diesen Schritt als die „einzig übrig gebliebene Option“.

Die Operation „*Thunder Lightning*“ wurde Mitte Dezember gemeinsam mit der Demokratischen Republik Kongo und dem Südsudan durchgeführt. Sie sollte die LRA, die sich mittlerweile in den Garamba Nationalpark im Nordosten des Kongos zurückgezogen hatte, entscheidend schwächen. Die USA, die die LRA nach dem 11. September als Terrororganisation eingestuft hatten und seit Jahren ugandische Armee-Einheiten trainieren, brachten sich zum ersten Mal aktiv in die Planung einer konkreten militärischen Operation ein. Die *New York Times* (7. Februar 2009) berichtet, dass die ugandische Regierung zunächst bei der amerikanischen Botschaft in Kampala um Unterstützung gebeten habe und Ex-Präsident George Bush die Unterstützung persönlich autorisiert habe. Mit 17 Beratern und Analytikern aus dem „Africa Command“ des Pentagon sowie mit einer Million US-Dollar für Treibstoff unterstützte die US-Administration nach Angaben des amerikanischen Militärs die Operation „Thunder Lightning“.

Die Offensive begann am 14. Dezember 2008. Zunächst sollten die LRA-Lager aus

der Luft bombardiert werden, um dann die Rebellen mit mehr als 6.000 Bodentruppen von möglichen Fluchtwegen abzuschneiden. Nach Armee-Angaben musste der Einsatz aufgrund starken Nebels jedoch um mehrere Stunden verschoben werden, was den Rebellen genug Zeit gab, sich aus ihren Lagern zurückzuziehen und damit den Luftangriffen ugandischer Helikopter zu entkommen. Aufgrund der Unzugänglichkeit der Region erreichten die Bodentruppen das Zielgebiet erst Tage nachdem die Rebellen bereits verschwunden waren. Damit wurden zwar die Basen der LRA zerstört, Kony selbst und seine Truppen konnten jedoch entkommen. Wie es auch schon in der Vergangenheit die Taktik der LRA gewesen war, teilte sie sich in mehrere Gruppen auf und tauchte im Busch ab. Auf ihrem Weg plünderten sie dabei dutzende Dörfer und richteten blutige Massaker mit zahlreichen zivilen Opfern an. Nach Schätzungen der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* (HRW) vom 23. Januar wurden dabei mehr als 600 Menschen getötet und etwa 500 Jugendliche verschleppt. Die Rebellen gingen dabei, wie auch bei vergangenen Angriffen, äußerst brutal vor. Internationales Aufsehen erregte vor allem das Massaker im Dorf Faradje, in dem am 25. Dezember circa 60 Rebellen die Bewohner des Dorfes vergewaltigten, abschlachteten und verbrannten - ungefähr 140 Menschen kamen dabei ums Leben. Zeitgleich wurden mehrere andere Dörfer – manche über 160 Kilometer entfernt – angegriffen. „*Diese Männer rennen durch die Gegend und tun was sie wollen, morden, vergewaltigen, was auch immer*“ sagt Charles Gaudry, Projektverantwortlicher von *Ärzte ohne Grenzen* in Haut-Uélé. Navi Pillay, UN Hochkommissar für Menschenrechte, bezeichnete die Menschenrechtsverletzungen der LRA als „grotesk“. Insgesamt haben die jüngsten LRA-Attacken eine Massenflucht mit über 135.000 Menschen ausgelöst. Die Bewohner, die in ihren Dörfern verbleiben, versuchen verzweifelt, sich mit Speeren und Steinschleudern zu verteidigen.

Die ugandische Armee hingegen stellt die Erfolge des Einsatzes heraus und betont, dass das Kontrollzentrum der Rebellen sowie ihre Lebensmittelvorräte zerstört wur-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO UGANDA**

JOSS BRACKER

PETER GIRKE

17. Februar 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

den. Nach eigenen Angaben sollen 40 Rebellen, unter anderem einige Kommandeure, getötet sowie 280 entführte Kinder gerettet worden sein. Major Paddy Ankunda, Sprecher der UPDF, ist der Meinung, dass Kony zunehmend isoliert sei und dadurch verwundbar würde. Er bekräftigt, dass seine Truppen Herr der Lage seien. Darüber hinaus sei die UPDF in Kontakt mit mehreren Rebellenführern, die zur Aufgabe bereit seien. Die eigentlich für 30 Tage geplante Operation wurde Ende Januar zunächst um weitere 28 Tage verlängert. Der kongolesische Präsident Kabila, welcher über die Verlängerung des Mandats der ugandischen Armee entscheidet, hat sich kürzlich dafür ausgesprochen, die Operation im Februar zu beenden.

**Reaktionen auf Thunder Lightning**

Insgesamt ist die jüngste Militär-Offensive auf starke Kritik von verschiedenen Seiten gestoßen. Im Zentrum der Kritik steht vor allem, dass keine Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung getroffen wurden. „*Es gibt Null Schutz*“ berichtet Charles Gaudry von Ärzte ohne Grenzen (New York Times / 7. Februar). Ebenso fordert die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch die ugandische Armee auf, die Zivilbevölkerung zu schützen. Julia Spiegel, Forscherin bei „Enough Project“, einer von der International Crisis Group mit gegründeten Kampagne gegen Völkermord, beschreibt die Operation als „*schlecht geplant und durchgeführt*“. Aus ihrer Sicht waren die Massaker voraussehbar, da die Verbreitung von Angst und schrecken in der Zivilbevölkerung zur Strategie der LRA zähle und dies den verantwortlichen Regierungen auch bewusst gewesen sei. Amerikanische Regierungsbeamte geben ebenfalls zu, dass die Operation schlecht verlaufen sei und viele Dorfbewohner den Rebellen ungeschützt ausgesetzt gewesen seien. Sie lehnen jedoch jegliche Verantwortung ab, da sie nur beratend tätig gewesen seien und die Entscheidungen letzten Endes vom ugandischen Militär getroffen worden seien. Verantwortung für die Massaker will jedoch auch das ugandische Militär nicht übernehmen. Nach Meinung von Major Felix Kulayigye habe es keine

Möglichkeit gegeben, die Massaker zu verhindern.

Die UN, die mit der 16.000 Mann starken Friedenstruppe MONUC im Kongo stationiert sind, müssen sich ebenfalls mit der Kritik auseinandersetzen, die Zivilbevölkerung nicht ausreichend zu schützen. Durch die Resolution 1856 des Sicherheitsrates vom 22. Dezember 2008 ist der Schutz der Zivilbevölkerung zur Priorität der UN-Friedenstruppe erklärt worden. Marc Poncin, Verantwortlicher für den Kongo-Einsatz von Ärzten ohne Grenzen, sagt jedoch, dass die Blauhelme untätig blieben „*während die Bewohner von Haut-Uélé systematisch massakriert werden. Die Blauhelme haben nie eingegriffen um die Bevölkerung zu schützen.*“ Ein MONUC-Sprecher verteidigte das Verhalten der UN-Truppen und sagte, dass die Mission „*das Beste innerhalb ihres Mandats*“ tue (Die Presse / 4. Februar 2009). Ein anderer Sprecher geht weiter und sieht das Problem darin, dass die UN-Truppen zu stark auf andere krisen-geschüttelte Gebieten des Ost-Kongos verteilt seien. Nachdem John Holmes, UN-Untersekretär für Humanitäre Angelegenheiten, die Operation „*Thunder Lightning*“ im Kongo als katastrophal bezeichnete, kritisierte der ugandische Präsident Museveni nun seinerseits die UN. Die ugandische Regierung könne den „*Unsinn, dass die UN seit Jahren Seite an Seite mit den Rebellen lebt*“, nicht länger akzeptieren.

**Keine militärische Lösung in Sicht**

Wie auch immer man die Entscheidung der ugandischen Regierung, wieder militärisch gegen die LRA vorzugehen, beurteilt, steht doch fest, dass das zentrale Ziel der Offensive bisher nicht erreicht wurde. Auch wenn Teile der LRA-Infrastruktur zerstört worden sind, so wurden weder Kony noch seine Kommandeure gefasst. Wie schon oft in der Vergangenheit ist es die Zivilbevölkerung, die am stärksten unter den Auseinandersetzungen leidet. Dass die zivilen Opfer nicht unerwartet waren, zeigt die Warnung der UN vom Dezember 2008, die auf die desaströsen Folgen einer möglichen Militäraktion hinwies. Die *International Crisis Group* (ICG) wies vor der Operation ebenfalls eindringlich auf die Gefahr von zivilen Opfern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**AUSLANDSBÜRO UGANDA**

JOSS BRACKER

PETER GIRKE

17. Februar 2009

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/uganda](http://www.kas.de/uganda)

sowie die geringen Erfolgsaussichten eines militärischen Vorgehens hin. Ob die USA in ihrer Unterstützung der Operation genug auf den Schutz der Zivilbevölkerung hingewirkt haben, ist ungewiss.

der Lösung für ein friedliches und stabiles Norduganda darstellen.

Auch wenn es fraglich bleibt, wie effektiv der Schutz der Zivilbevölkerung in dieser unzugänglichen Region überhaupt geleistet werden kann, so ist offensichtlich, dass Präsident Museveni die Gefahr zahlreicher ziviler Opfer bewusst war. Fest steht, dass Handlungsbedarf existiert, da die LRA eine Gefahr für Stabilität der gesamten Region darstellt. Die Lage in den Nachbarländern Südsudan, Ost-Kongo und der Zentral Afrikanischen Republik ist fragiler als in Uganda selbst. Auch wenn sich der Konflikt mit der LRA bereits seit Jahren in Ugandas Nachbarländer verschoben hat, ist die LRA ein ursprünglich ugandisches Problem und auch Ergebnis der Marginalisierung des Nordens Ugandas. Ein nachhaltiger Frieden kann daher nicht ohne eine Stabilisierung der sozialen und ökonomischen Lage im Norden des Landes erreicht werden. Die Tatsache, dass die Regierung ihr im Rahmen des Friedensprozess beschlossenes, Aufbauprogramm für den Norden von über 400.000 € Anfang Januar suspendierte, trägt sicherlich nicht zu einer nachhaltigen Lösung des Konfliktes bei. Wie zahlreiche Erfahrungen aus der Vergangenheit gezeigt haben, ist es der ugandischen Armee nie gelungen, den Konflikt im Norden mit Waffengewalt zu lösen. Auch wenn die jüngste Operation „*Thunder Lightning*“ die Infrastruktur der Rebellen geschwächt hat, so hat sie doch auch alte Wunden und Feindseligkeiten wieder zum Vorschein gebracht. Somit ist die Operation vor allem auf die Symptome des Konfliktes ausgerichtet, adressiert jedoch nicht dessen Ursachen.

Die International Crisis Group beklagt zudem, dass die USA ihren Einfluss nicht ausreichend nutzen, um Druck auf die ugandische Regierung auszuüben, damit eine Verbesserung der Lebenssituation im Norden erreicht wird. Selbst wenn die Militäroffensive zu einer entscheidenden Schwächung der LRA führen sollte – wonach es momentan nicht aussieht – kann sie höchstens ein Teil